


*"Die Geschichte Russlands nach Perestroika ist noch nicht geschrieben. Bisher haben sich eher ideologisch besetzte Eckdaten im Bewusstsein der Öffentlichkeit etabliert. Die beiden Bände 25 Jahre Perestroika – Gespräche mit Boris Kagarlitzki zeigen dagegen eine Innenansicht derer, die sich Anfang der 1980er-Jahre als »linker Flügel der Perestroika« verstanden haben und sich eine Reform des Sozialismus erhofften. Der erste Band zeigt die Zeit von Gorbatschow bis Jelzin; der zweite Jelzins Abgang, den Antritt Putins, Medwedew und wieder Putin. Der zweite Band führt mitten in die Krise der Jelzinschen Modernisierung – Separationstendenzen in der russischen Föderation, Tschetschenienkrieg, Aufkommen sozialer Verwüstungen, angesichts derer die Mehrheit der Bevölkerung um ihr Überleben kämpfen muss. Dann Wladimir Putins Ansage, eine »Diktatur des Gesetzes« einführen zu wollen. Das Dilemma einer Opposition, die zwischen Zustimmung zu Putins Ordnungspolitik und Kritik an dem von ihm praktizierten autoritären und zugleich neoliberalen Führungsstil einen Weg zu finden sucht."*



Kai Ehlers: 25 Jahre Perestroika – Gespräche mit Boris Kagarlitzki II  
 Preis: 18,00€, 328 Seiten  
 ISBN:978-3-944233-29-1  
 Erschienen August 2015

Siehe Infos zum Buch und den Autoren auf der Webseite des [LAIKA-Verlages](http://www.laika-verlages.de) 

### **Nachfolgend:**

**Anstelle eines Nachwortes: »Wenn du zurückschaust ... wie geht es dann weiter?« Gespräch mit Boris Kagarlitzki im Sommer 2013, Schlußbetrachtung aus Band II - als exklusive Leseprobe im LabourNet Germany**

# Anstelle eines Nachwortes:

»Wenn du zurückschaust ... wie geht es dann weiter?«

Gespräch mit Boris Kagarlitzki im Sommer 2013,  
Schlußbetrachtung

**Wir haben jetzt viel über die Restauration gesprochen. Am Ende sieht es heute so aus, als ob der Restauration eine neue Revolution folgen könnte – die allerdings niemand haben möchte, die vielmehr von allen gefürchtet wird. Wie konnte diese Situation entstehen? In welchen Etappen hat sich die Auseinandersetzung entwickelt? Das hat sich ja auch nicht geradlinig vollzogen, sondern ebenfalls Schritt für Schritt, oder? Ich sehe da unterschiedliche Phasen: von Gorbatschow zu Jelzin, von Jelzins erstem Putsch zu seinem zweiten, vom kranken Jelzin zu Putin, von Putin zu Medwedew und wieder zu Putin. Wie würdest du diese Perioden beschreiben?**

Es gab in der Tat einige Perioden, die man unterscheiden muß. 1991 gab es natürlich einige institutionelle Strukturen, die einer Restauration des Kapitalismus im Wege standen. Es ist ja interessant, daß das Auseinanderbrechen der Sowjetunion auch heute noch als wichtigstes Ereignis dieser Jahre betrachtet wird, also das konkrete Auseinanderfallen der Union in einzelne Republiken. Und das ist wohl auch so: Es markiert die Wende. Aber trotzdem war es anschließend nötig, die Hindernisse zu beseitigen, die einer Umwandlung der Union in privates Eigentum entgegenstanden. Es mußten die Voraussetzungen für die Privatisierung im großen Stil geschaffen werden. Um das Eigentum aufteilen zu können, mußten sie erst einmal das Land aufteilen. Wenn das Ganze erhalten geblieben wäre, hätte das zu schweren inneren Kämpfen geführt. So konnte jede herrschende Gruppe die Privatisierung für sich kontrollieren.

Auch hier muß man wieder sagen, die Zeit von 91 bis 93 war im Kern nicht so einfach, wie es uns damals erschien. Das Land stand ja nach 91 als Ganzes noch unter der Verwaltung des Obersten Sowjet und unter dem Einfluß von vielen Kräften, die gegen die allgemeine Privatisierung waren. Einige traten für die Erhaltung der sowjetischen Ordnung ein, andere waren auch für die kapitalistische Restauration, aber unter Beibehaltung einiger Züge des Sozialismus. Zwar waren die Kreise, die eine schnelle Privatisierung im Interesse der neuen/alten

Eliten betreiben wollten, an der Macht, aber es gab auch solche, die gegen Jelzin und gegen Gajdar waren. Das war zum einen eine Bewegung des Volkes, bestehend aus verschiedenen Kräften. Das andere waren die »Roten Direktoren«. Die waren gezwungen, das Modell der Privatisierung anzunehmen, das für sie aber letztlich nichts brachte, weil es sie marginalisierte, sie an den Rand drängte. Die Entwicklung wurde ja im Prinzip von der Nomenklatura und vom Kom-somol dominiert, die ihre eigenen Banken gründeten. So bekamen die Direktoren Schwierigkeiten und unterstützten über den Obersten Sowjet die Opposition. Eigentlich war das 93 eine politische Opposition, aber mit den »Roten Direktoren« verständigte man sich. Das alles entschied sich natürlich nicht am 3. oder 4. Februar 92<sup>150</sup>, sondern in den Monaten danach, als die Macht im Interesse der Technokraten, im Interesse des Direktorenkorpus der alten sowjetischen Nomenklatura die Privatisierung vorantrieb. Das geschah in einer Weise, die auch für die Bevölkerung nützlich war. In den Jahren 91 und 92 waren Gajdar und seine Leuten noch nicht soweit, die unentgeltliche Bildung abzuschaffen, die Schulen zu kommerzialisieren, die Universitäten zu privatisieren, die unentgeltliche Gesundheitsfürsorge zu liquidieren und überzugehen zu einer Kommerzialisierung der kommunalen Dienste wie jetzt Iwanow oder Medwedew ...

**... aber Vorstellungen hatten sie doch davon schon, und zwar ziemlich brachiale, wenn ich an das Memorandum denke, das sie gleich nach dem Auseinanderbrechen der Union an den IWF richteten. Und die IWF-Empfehlungen selbst sprachen ja auch eine deutliche Sprache. Ich erinnere nur an die Stichworte: Deregulierung, Abbau der Überqualifizierung, Auflösung der Betriebskollektive als angebliche Ursache für die Krise ...**

... ja, klar, aber sie setzten sie noch nicht um. Es gab sogar »Mitings« der »Budschedniki«<sup>151</sup> 1993, also Proteste dieses dienenden intellektuellen Proletariats, Ärzte, Lehrerinnen und andere. Heute haben sie Angst, auf die Straße zu gehen, damals gingen sie. Damals gingen sie mit der FNPR<sup>152</sup> sogar sehr erfolg-

150 Zur Erinnerung: Zu der Zeit erschien ein Memorandum der Regierung Gajdar anstelle eines Regierungsprogramms. Es folgte in seinen Hauptzügen wortwörtlich den Empfehlungen der Studie, die IWF und Weltbank kurz vorher, Anfang 1991, unter dem Titel: Eine Studie über die Sowjetwirtschaft, drei Bände, Head of publication service, Paris/Washington, 1991, vorgelegt hatten.

151 »Budschedniki« – Menschen, deren Dienstleistungen aus dem staatlichen Budget finanziert werden.

152 Zur Erinnerung: FNPR – allgemeiner Dachverband russischer Gewerkschaften, der sich beim Übergang von der UdSSR auf die Russische Föderation bildete.

reich auf die Straße und in die Opposition. Aber wichtig zu wissen ist: Ein Element des Kompromisses dieser Zeit bestand darin, daß es damals nicht darum ging, den Sozialstaat zu fordern: Was da war, das war da. Es war gesprengt, sehr begrenzt, in vielem extrem uneffektiv, weil es in Teile zerfiel; der Zusammenhang hatte seine Komplexität verloren. Aber generell bestand der Kompromiß zwischen den »Roten Direktoren« und den jungen liberalen Privatisierern darin, daß die Betriebe nicht zerstört werden sollten, daß einige der sozialen Leistungen erhalten werden sollten und die Direktoren die Möglichkeit erhielten, bei sich die Privatisierung einzuleiten und dabei über die Aktienmehrheit die Kontrolle über das Kapital zu bekommen. In diesem Sinne endeten die Jahre 1992/93 mit einem Kompromiß. Obwohl Jelzin politisch scharf vorging, lag sein eigentlicher Sieg auf sozialem Gebiet, weil es ihm möglich war, nach seinem politischen Sieg mit diesem sozialen Kompromiß auf seine Gegner zuzugehen. Ruzkoi z. B. wurde freigesprochen und ebenso andere von Jelzins direkten Gegnern ...

**Aber Jelzin hat doch politisch sehr harte Fakten geschaffen, als er militärisch gegen den Obersten Sowjet vorging und danach sämtliche Sowjets im Lande auflöste, auch vor Ort.**

Jelzin nutzte seinen militärischen Sieg für die Festigung seiner Position. Er schuf damit die Voraussetzungen für das, was heute Medwedew und Putin zu Ende bringen wollen. Was damals nicht gelang, das wollen sie jetzt. Aber hier wird eben die Grenze sichtbar, von der ich schon sprach, von der an individuelle Auswege nicht mehr möglich sind und man sich kollektiv wehren muß. Wir werden sehen. – Damals jedenfalls wurde ein sozialer Kompromiß geschlossen, der dem russischen Kapitalismus noch einmal zwanzig Jahre für seine Entwicklung gab.

**Also noch mal zum besseren Verständnis: Alles, worüber du eben gesprochen hast, lag nach dem Sturm auf das »Weiße Haus«? Nachdem der Widerstand gegen die Totalprivatisierung militärisch bereits niedergeschlagen war?**

Genau! Nach 93 ging die Privatisierung in eine neue Phase. Auf der anderen Seite wurden einige der extrem liberalen Schritte korrigiert. Die nächste Grenze ist dann der Zusammenbruch von 98. Das war auch ein entscheidender Schritt für die Entstehung des russischen Kapitalismus: Nach 98 wurde der russische Kapitalismus korporativ organisiert. Davor war er eindeutig ein

räuberischer Kapitalismus, oligarchisch. Es galt das Motto: Wer konnte, der griff zu. Das war schon freie Konkurrenz (*lacht*), aber nicht Konkurrenz der Waren auf dem Markt, sondern Konkurrenz um die Sicherung von Anteilen am Volksvermögen, Ressourcen u. a. m., notfalls auch mit der Waffe. Nach 98 wurden die Oligarchen schwächer. An ihrer Stelle entwickelte sich, sagen wir, eine Managerbürokratie, die Korporationen. Nehmen wir als Beispiel Gazprom. Das ist heute eine komplizierte hierarchische Struktur ganz nach dem Muster amerikanischer oder deutscher Korporationen. Gazprom, Ruhrgas, Standard Oil. Das sind Korporationen ungefähr gleichen Typs, starke Hierarchie, kompetentes Management. Ein Produkt der Revolution der Manager wurde Putin.

**Interessant, Putin als Produkt! Aber sicher war er nicht nur Produkt, sondern mit seiner »autoritären Modernisierung« auch aktiver Beförderer dieser Entwicklung.**

Klar, wenn Jelzin ein Produkt des räuberischen Kapitalismus war, der sich aus der alten sowjetischen Nomenklatura über eine Bande von Privatisierern gebildet hatte, unter Einhaltung dieser oder jener Absprachen mit den Direktoren der Betriebe, die eine gewisse Begrenzung brachten, so ist Putin die Epoche der Ordnung. Es ist die Epoche, in der diese Leute einer Ordnung unterworfen wurden; das ist Putin weitgehend gelungen. Nun, klar die Ölpreise stiegen, aber dessen ungeachtet gab es eindeutig ein gewisses ökonomisches Wachstum; das reale Niveau des Lebens stieg an, auf jeden Fall ist es heute höher als in der sowjetischen Zeit. Putin und seine Leute konnten nur zwei Fragen nicht lösen: Erstens konnten sie die wirtschaftliche Entwicklung nicht unabhängig vom Öl machen. Die Wirtschaft hängt weiterhin von der Ölförderung ab; die ist zwar besser organisiert, aber es blieb bei der Abhängigkeit ...

**... die berüchtigte holländische Krankheit ...**

... ja, aber zweitens ist es nicht einmal nur die Abhängigkeit vom Öl. Das Problem ist die innere Struktur unserer Wirtschaft. Es gibt keine Mechanismen für die Erneuerung der im Land selbst auftretenden strukturellen Probleme, für die Erneuerung der Infrastruktur, keine Mechanismen für die Ausbildung neuer Kader, es gibt keine Anreize für die Entwicklung eines inneren Marktes, die Anreize für den inneren Markt kommen von außen ...

### **Und das geht so seit 98? Putin, Medwedew, jetzt wieder Putin? Und immer so weiter?**

Bis 2006/2007 geht das so. In der Zeit ist es ihnen gelungen, Ordnung zu schaffen, und in einigen Bereichen Disziplin herzustellen im staatlichen Sektor. Aber sie haben es nicht geschafft einen inneren Mechanismus der Wirtschaft zu erzeugen. Das hat schließlich zur Krise von 2008/2009 geführt. Seit dieser Zeit bis heute zieht sich eine Entwicklung hin, in der das wirtschaftliche System sich beständig am Rande des Auseinanderbrechens befindet. Das geht beständig hin und her, auch bei den Vertretern der Macht hörst du das: Alles bricht zusammen, sagen sie und dann wieder: oder auch nicht. (*lacht*) Das balanciert alles die ganze Zeit auf dieser Grenze. Das ist so etwas wie eine revolutionäre Situation. Die kann aufbrechen, die kann nicht aufbrechen. Alles ist möglich.

### **Das Potential der Gewalt in der Gesellschaft wächst, sagt man mir: Unzufriedenheit, Ratlosigkeit, Angst, Selbstjustiz, manche befürchten sogar Faschismus ...**

Ja, die Situation ist gefährlich. Aber wenn du einen von den Verantwortlichen fragst, wird er dir antworten: Nein, alles normal. Derselbe Mensch sagt dir fünf Minuten später das Gegenteil. Das ist kennzeichnend für die jetzige Situation.

### **Ich sehe noch einen andern anderen Einschnitt – 2005, die Proteste gegen die Monetarisierung. Da kam ja fast die ganze Bevölkerung in Bewegung ...**

Ja, 2005 war ein sehr interessanter Moment! Er zeigte sehr deutlich, paradox, das zu sagen, den Erfolg des russischen Kapitalismus. Wie meine ich das? Es zeigte sich, daß die Menschen begonnen hatten, nach neuen Regeln zu leben. Die Zahl der Menschen war ziemlich angewachsen, die recht stabil und im allgemeinen nicht schlecht lebten. Die neoliberale Politik des Staates hatte sie an den Markt gewöhnt. Aber die Sozialpolitik war noch nicht neoliberal, nicht so wie heute. Das zu sehen, ist äußerst wichtig zum Verständnis dieser Putinschen Periode und übrigens auch für das der Jelzinschen davor. 2005 war dann der erste offene Versuch einer Neoliberalisierung der sozialen Verhältnisse ...

### **Die Frage ist, warum das alles erst 2005 geschah und nicht schon viel früher, wenn ja doch die Pläne schon lange bestanden ...**

Nun, ich denke, 2005 hat man gesehen, daß es der Bevölkerung besser ging, daß sie sich an die ersten Schritte der liberalen Reformen gewöhnt hatte. Und so

konnte man weitergehen. Aus meiner Sicht war das zudem damals sogar eher ideologisch als wirklich ökonomisch begründet. Im Bewußtsein der Elite sah es damals so aus, als ob es mit den Reformen nicht voranginge: immer noch unentgeltliche Schulen, immer noch unentgeltliche Krankenhäuser, immer noch billige Verkehrsmittel, billige Wohnungen, also kurz, die Sache der Reformen steht schlecht im Lande; damit sie vorankommen, muß alles privat werden und alles teurer. Deshalb versuchte die Regierung entsprechend aufzutreten. Aber als sie ansetzte, gab es sofort heftige Proteste, schon nicht mehr nach sowjetischer Art, sondern nach Art der Bevölkerung einer bürgerlichen Gesellschaft. Das war nicht mehr die Masse desorientierter sowjetischer Menschen, das waren schon Leute, die ein konkretes Interesse hatten.

Die Regierung trat damals sehr massiv auf, aber es war doch, wie gesagt, alles eher ideologisch, und als sie auf die massiven Proteste stieß, zog sie sich zurück. Es war für sie nicht lebenswichtig. Heute ist das eine andere Situation, da glaube ich nicht, daß sie zurückweichen werden. Heute ist das Vorgehen der Macht nicht mehr nur ideologisch begründet, sondern hat im Zuge der allgemeinen Krise andere, eher auch ökonomische Gründe. Sie sehen, daß das Geld fehlt. Nicht, daß es kein Geld gäbe, aber um einen Sozialstaat zu finanzieren und das Geld in dieser Weise umzuverteilen, müßte es heute schon von der Bourgeoisie genommen werden, statt von der Masse der Menschen.

Einer meiner westlichen Kollegen schrieb: Was ist der Unterschied zwischen Sozialliberalismus und Sozialdemokratie? Sozialliberalismus bedeutet: Wenn es Überflüsse gibt, werden sie an den Reichen vorbei an die Armen weitergegeben. Sozialdemokratie bedeutet, daß das notwendige Geld von den Reichen genommen und den Armen gegeben wird. Das heißt, die Umverteilung geschieht auf Kosten von jemanden für jemanden. In diesem Sinne war die Politik Putins bisher sozialliberal; also Umverteilung zugunsten der Armen, aber nicht auf Kosten der Reichen. Nach der Krise von 89 sind wir jetzt da angekommen, daß die bloße Aufrechterhaltung des sozialen Staates, wie er jetzt ist, eine Umverteilung von der Elite auf das Volk fordert. Die Elite ist dazu jedoch nicht bereit. Das hat es in der bisherigen Geschichte Rußlands noch nicht gegeben.

### **Nicht bereit? Oder hat sie einfach keine Erfahrung damit?**

Sie sagen, wenn wir modernisieren wollen, wenn wir die nächste Krise überstehen wollen, dann brauchen wir keine Umverteilung von den Reichen zu den Armen, sondern von den Armen zu den Reichen. Man muß den Ban-

ken helfen. Man muß den großen Firmen helfen. Das ist ja genau das, was auch im westlichen Europa passiert. Das zeigt noch einmal, daß die Unsrigen nicht »wild« handeln, sondern vollkommen europäisch ... (*beide lachen*) ... mehr noch, man hat genau auf Europa geschaut und gelernt: In Europa begann die Enteignung der Bevölkerung, als das Geld knapp wurde, also etwa 2011. In Rußland ist das Geld noch nicht knapp, aber sie fangen für alle Fälle schon mal auf Vorrat damit an, die Bevölkerung zu enteignen. Sie sehen ja, wie ihre Kollegen in Griechenland vorgehen und in Spanien.

Es ist bemerkenswert, wie die Enteignung der regionalen Budgets zur Zeit in Rußland funktioniert. Es läuft genau so wie in Spanien. Aber in Spanien begann man damit, als das Geld ausging. Man sagte, hier sind eure sozialen Aufgaben und nun seht zu, wie ihr das selber finanziert, Geld geben wir nicht. Forderungen bestehen aber. Wie sollen das die Regionen tragen? Infolgedessen sind die Regionen alle verschuldet außer Katalonien. Die Katalanen sagen, wir geben kein Geld mehr für Spanien. Bei uns läuft genau dasselbe, nur daß das Geld bei den Regionen noch nicht ausgegangen ist. Wenn du mich fragst, welchen Sinn das macht – nun, man macht das in einer Situation, in der noch Möglichkeiten für Manöver bestehen, noch vor der Krise. Der einen oder anderen Region kann man so noch helfen, bevor es dort vollkommen schlecht wird. Man wird sehen, worauf das hinausläuft.

Ein gutes Beispiel ist die Region Woronesch. In Woronesch, wie du vielleicht weißt, hat die Bevölkerung vor kurzem ein Lager von Geologen niedergebrannt, die dort mit Entwicklungsarbeiten tätig waren. Warum? Weil diese Arbeiten für die Region nicht nützlich sind. Wenn da Dinge entwickelt werden, geht das Geld so oder so an Moskau. Arbeitsplätze gibt es kaum, und die Landwirtschaft wird zerstört. Deshalb sind diese Entwicklungsarbeiten für die örtliche Macht nicht von Nutzen. Aber das kann man nicht geradeheraus sagen. Also kommen da tausend Leute zusammen, brennen vor den Augen der Miliz das Lager der Geologen nieder. Die Polizei steht daneben und schaut zu. Danach werden fünfundzwanzig Leute festgenommen, irgendwo in eine abgelegene Gegend verfrachtet und wieder freigelassen.

Klar weiß die örtliche Macht, was da vor sich geht. Das ist ein Signal nach Moskau: Wenn ihr uns kein Geld gebt, dann kommen solche Aktionen auch auf euch zu. Deshalb denke ich, daß die nächste Etappe der Krise sehr den Vorgängen von 92 ähneln wird. Einige Teile der Elite, der herrschenden Klasse, der gesamten Bourgeoisie fühlen sich abgedrängt, weil man ihnen nicht den gebüh-



renden Platz in der Entwicklung einräumt. Das ist die eine Seite, und auf der anderen steht die Bevölkerung, die den Abbau des sozialen Staates nicht hinnehmen will. Wir erleben gegenwärtig so etwas wie ein »Remake« von 1992. Die Frage ist nur, wer dabei gewinnt.

### **Du meinst, aufs Ganze gesehen ...**

... ja, die Frage ist, wer hat was gelernt in den letzten zwanzig Jahren.

### **Wenn Putin jetzt den Kampf gegen die Korruption auf die Tagesordnung setzt, ist das ernst zu nehmen? Was hat das in diesem Zusammenhang zu bedeuten?**

Man ist einfach zu der Ansicht gekommen, daß die Korruption inzwischen Überhand nimmt. Erstens kämpft eine Gruppierung gegen die andere ...

### **... also die bekannten Säuberungen ...**

... es geht einfach um eine Begrenzung des Maßes der Korruption. In dem Sinne ist das ernst zu nehmen. Aber die Möglichkeiten dafür sind begrenzt. Das zeigt sich z. B. am Fall Serdjukow<sup>153</sup>, dem ehemaligen Verteidigungsminister. Man hat ihm und seinen Gehilfen Veruntreuung vorgeworfen. Da wird auch gleich deutlich, wo die Grenzen liegen. Man kann heute jemanden aus seinem Amt entfernen, aber festsetzen kann man ihn schon nicht mehr. Deshalb, denke ich, das ist ernst.

### **Was hat sich nach Medwedew geändert?**

Nun, sehr viel. Medwedew hatte eine liberale Gruppe um sich gesammelt. Was Putin betrifft, so war seine Position nie so stark wie im Westen immer beschrieben – Autokrat, vielleicht gar Diktator. Putin ist ein Mann des Konsenses. Seine Kraft resultierte daraus, daß er als Mediator agierte. Er versuchte immer einen Weg zu finden, der allen Seiten gefallen konnte. In diesem Sinne war er allen angenehm und dadurch stark. In den letzten drei Monaten ist er zwar immer noch im Konsens, aber der Konsens hat sich nach rechts bewegt. Ein Teil der Beamtenschaft hoffte, daß Putin gegen den antisozialen Kurs der Regierung halten werde. Subjektiv wollte er es wohl auch. Er gab solche Signale der Art, daß da ganze Verordnungen nicht ausgeführt worden seien, die Regierung gebe zu schnell den kommunalen Unternehmen nach u.ä. Das heißt, Putin

153 Serdjukow, Anatoli –Verteidigungsminister der Russischen Föderation seit 2007, wurde im November 2012 von Putin entlassen.

gab Signale, daß er sich von dem Kurs der Regierung distanzieren. Aber bei der Geschichte mit der Akademie der Wissenschaften<sup>154</sup> hat er jetzt eine absolute Wende vollzogen, indem er selbst diese Reform der Akademie der Wissenschaften unterstützt. Das heißt er tritt als Garant der neoliberalen Politik auf. Also, der Konsens ging nach rechts, Putin schaukelt ein bißchen, aber er geht mit. Aber das ist sehr schlecht für ihn und für die ganze herrschende Elite, denn sie haben einfach keine Ressourcen mehr für ihre Politik. Es ist dasselbe, was wir auch im Westen sehen, wo einfach kein Raum mehr ist für eigene Entscheidungen. Und dieser Kurs provoziert die Öffentlichkeit. In diesem Sinne machen sie zur Zeit große Fehler, wenn sie versuchen, sich auf neoliberalen Positionen zu konsolidieren. Vorher konnte man immer noch sagen: Da ist der Dummkopf Medwedew, der die Liberalen um sich scharft, und da ist Putin, der euch beschützt. Die Leute waren für Putin, weil er sie vor den neoliberalen Maßnahmen in Schutz nahm. Jetzt will er den Druck ganz offensichtlich verstärken.

**Die Menschen fühlen das. Das Klima hat sich verändert. Alle meine Gespräche der letzten Zeit zeigen mir das ...**

Ja, schau es dir an, wenn 2011/12 noch gegen nicht ehrliche Wahlen protestiert wurde – dann geht es jetzt um steigende Mietpreise, um Bildungskosten, um Versicherungen, um Streiks der Ärzte, um die beabsichtigte Zerschlagung der Akademie der Wissenschaften. Im Mittelpunkt stehen jetzt soziale Fragen.

**Welche Rolle spielt die WTO dabei?**

Nun, sie ist Katalysator für die weitere Kapitalisierung.

**Von ihr geht die Forderung der »Optimierung« aus, die jetzt die Politik bestimmt.**

Ja, das ist keine Frage. Auf jeden Fall. Und es sieht so aus, als kämen wir jetzt an die Grenze der individuellen Anpassung, von der ich sprach.

**Also stellt sich die alte Frage: Was tun? Wie könnte eine Reform aussehen, die diesen Namen tatsächlich verdient?**

Nun, im Grunde ist mehr oder weniger klar, wo es langgehen müßte, ich meine, als Minimalprogramm, das mit der Konzeption eines neuen sozia-

154 Im Zuge der nach dem WTO-Beitritt Rußlands entwickelten Politik der »Optimierung« soll auch die Akademie der Wissenschaften kommerziellen Effektivitätskriterien unterworfen werden.

len Staates verbunden ist. Selbstverständlich reicht eine sozialdemokratische Umverteilung nicht aus. Eine Umverteilungspolitik ist jedoch ebenso unumgänglich. Aber natürlich müßte sie auf anderen Reformstrukturen aufgebaut sein, und da steht als erstes eine breite Nationalisierung an, also Verstaatlichung der verschiedenen Branchen, selbst unter dem Gesichtspunkt des Marktes. Staatsunternehmen sind in jedem Sinne effektiver im Umgang mit den Ressourcen als Privatfirmen. Dabei geht es nicht einmal nur darum, wieviel Geld in den Profit fließt. Es geht um die Realisierung der riesigen Möglichkeiten der strukturellen Reformen, das sind Menschen, Strukturen, Kapital, die gegenwärtig nicht für eine strategische Entwicklung des Landes genutzt werden. Also die Nationalisierung der industriellen Produktion ist die erste Aufgabe. Die zweite ist der strategische Ausbau der Infrastruktur: Verkehrswege, Modernisierung des ganzen Versorgungsnetzes, Auswechseln der Ausrüstung der sechziger Jahre. Das erfordert die Wissenschaften einzubeziehen, die technischen Erneuerungen; eine riesige Menge Menschen müssen für diese Ziele arbeiten, um auf ein technisches Niveau zu kommen, das die sechziger Jahre hinter sich läßt. Das heißt, man braucht eine Mobilisierung aller Kräfte für die technische Modernisierung der Strukturen. Das dritte ist eine kulturelle Veränderung der Menschen selbst von unten, Ausbildung, Bewußtseinsbildung, so wie wir es z. B. jetzt seit ein paar Jahren mit IGSO machen. Wir brauchen kein Ministerium für Erziehung, das sich nur mit dem Krieg gegen die Bildung beschäftigt, wir brauchen echte Bildungsarbeit. Deswegen ist der Kampf um die Erhaltung der Akademie der Wissenschaften jetzt auch so wichtig, weil es dort um Elemente der Selbstorganisation geht.

**Hast du keine Vorstellungen von einer Entwicklung, die über den Staat und den Markt, wie sie heute sind, hinausgehen, also eine Entwicklung jenseits von Markt und Staat?**

Doch, natürlich, natürlich, aber wir können diese Diskussion nicht auf dem Niveau von »Eine andere Welt ist möglich« führen. Ich bin »sick and tired« von diesen Parolen. Der Punkt ist, wir haben konkrete Ruinen, konkrete Probleme, und der Staat muß diese Probleme entscheiden. Wie werden wir die entscheiden? Wir müssen über neue Infrastrukturen sprechen. Ich spreche nicht nur von Ausrüstung, ich meine auch Organisation und Bewußtsein der Leute, vor allem auch Prinzipien der Organisation. Die können auch marktunabhängig sein, auch schon kommunistisch. Da gibt es Beispiele, eines ist Philadelphia, glaube

ich, wo die Verwaltung im gesamten Bereich der Stadt kostenloses WLAN angelegt hat. Sie nennen das dort natürlich »compassion advantage«, aber im Grunde liegen darin Elemente von Kommunismus, oder? So kann eine Umorientierung aller Strukturen eingeleitet werden. Wir leben heute in einer Gesellschaft des Konsums. Da sind auf die Zukunft bezogen zwei Wege möglich: Wir können den Konsum individuell erhöhen, um individuelle Zufriedenheit herzustellen, oder wir entwickeln einen Konsum, der die kollektiven Bedürfnisse, also gemeinwirtschaftliche Bedürfnisse befriedigt. Die Nachfrage wird ja nicht durch die Masse der Individuen ermittelt, sondern durch die Gesellschaft als ganze. Die Infrastruktur wird nicht für einzelne Individuen hergestellt, die Infrastruktur ist die Summe der Bedürfnisse der einzelnen Individuen. Die Infrastruktur muß von Grund auf ein zusammenhängendes Ganzes sein. Sie kann sich nach Bedingungen verändern, die sich verändern, aber so oder so kann ihre Entwicklung nur nach einheitlichem Plan erfolgen.

**Was die Einheitlichkeit von Plänen betrifft, bin ich skeptisch. Da muß man ja nichts wiederholen. Ich denke, es geht darum, am konkreten Bedarf der Menschen anzuknüpfen. Sind bei euch Strukturen geblieben, an denen eine solche Entwicklung anknüpfen könnte?**

Ich weiß nicht, »keine Ahnung« (spricht deutsch), ich hoffe ...

**...also Hoffnung besteht?**

Weißt du, Kai, das Problem ist: Es gibt keine Struktur! Menschen gibt es, aber keine Struktur. Wenn es um mentale Strukturen geht, die kann man bilden. Wenn viele Menschen ein gemeinsames Bewußtsein entwickeln, kann man auch entsprechende Strukturen bilden, also theoretisch ist der Weg offen ...

**Von welchem Bewußtsein sprichst du?**

Da wäre die traditionelle marxistische Kategorie des Klassenbewußtseins – aber das ist schwierig: Die Klasse befindet sich in einem amorphen Zustande in Rußland. Die alte marxistische Kategorie, »Klasse an sich« oder »Klasse für sich« funktioniert hier nicht. Theoretisch haben wir eine »Klasse an sich«, aber subjektiv haben wir keine »Klasse für sich«, bestenfalls einige Kristallisationskerne. Trotzdem denke ich, daß der Prozeß der politischen Auseinandersetzung sehr schnell zur Herausbildung von Selbstbewußtsein führt. Da gibt es eine gewisse Basis, die hoffen läßt. Wir sind natürlich selbst Bestandteil davon,

der bei dieser Ausbildung hilft. Wir sitzen ja nicht nur an der Seite und beobachten, sondern sind aktiver Teil dieses Prozesses. Darüber hinaus gibt es einige kulturelle Standards, die noch nicht ganz vernichtet worden sind. Ich denke an einige Vorgänge im letzten Jahr, wo Menschen sich gegen gewisse klerikale Tendenzen gewehrt haben, gegen Kreationisten etwa, die ankommen und sagen, man müsse einen Darwin nicht mehr lehren, oder dagegen, daß gesagt wird, Wissenschaft sei nicht mehr nötig, also wo Menschen gegen solche Erscheinungen des Irrationalismus und des Klerikalismus auftreten. Diese Vorgänge zeigen, daß es Kräfte des Widerstands gibt, daß es Leute gibt, die aufstehen und sagen, wir wollen diese ganzen irrationalen Geschichten nicht, nicht diesen Extrasens<sup>155</sup>, nicht den Religionsunterricht in der Schule usw. Da zeigt sich eine gewisse Front nicht nur linker Leute, sondern von Menschen, die den europäischen Rationalismus verteidigen und nicht verlieren wollen. Das ist eine weit aus breitere Schicht als die linke Bewegung, aber nur die Linken vertreten konsequent diese Positionen. Es gibt aber immerhin einen gewissen Kern von Menschen, die diese antiklerikale Grundposition vertreten. Das sind Kräfte auf die man orientieren kann.

**Ich verstehe. Da gibt es selbstverständlich viele offene Fragen, wo Bildungsarbeit anfängt und was sie umfassen müßte. Aber kommen wir zur letzten Frage für dieses Mal: Du erinnerst dich sicher, daß wir bei früheren Gelegenheiten lange und ausführlich über die Óbschtschina gesprochen haben.**

Ja, ich erinnere mich. Mir scheint, sie ist zerstört. Der sowjetische Typ der Óbschtschina ist zerstört worden. Die nachsowjetische Gesellschaft ist, wie ich schon sagte, sehr stark individualisiert, sie besteht jetzt aus Menschen, denen die elementarsten Regeln der Solidarität erst wieder beigebracht werden müssen. Wo sich Strukturen der Óbschtschina erhalten haben, da in der patriarchalen und regressiven Form. Deshalb glaube ich, daß die Óbschtschina heute keine Ressource ist.

**Du hast von der Grenze gesprochen, an der die individuelle Anpassung nicht mehr funktioniere und in kollektiven Widerstand übergehen könne...**

... das ist nicht Óbschtschnost, das ist Kollektivnost<sup>156</sup>. Das sind unterschiedliche Dinge. Bei der Kollektivnost verbinden sich Menschen für ihr

155 Extrasens – entspricht in etwa dem, was im Westen der Esoterik-Markt ist.

156 Nominalismen für Orientierung an gemeinschaftlichem bzw. kollektivem Leben.

gemeinsames Interesse, das ist – ich sage in bedauerlicher Weise – ein vollkommen bürgerlicher Vorgang. Das sind Formen der bürgerlichen Gesellschaft. Das kann uns vielleicht an diese Grenze bringen, von der ich sprach, also wo der individuelle Weg nicht mehr ausreicht und kollektive Formen gesucht werden. Im Prinzip ist diese Form der Gemeinschaft jedoch ganz und gar bürgerlich, die Óbschtschina dagegen ist vorbürgerlich. Das, wovon ich gesprochen habe, ist »civil-cociety«, Bürgergesellschaft. Das kann entstehen. Das ist sogar sehr gut möglich, wenn Individuen sich zu gemeinsamem Interesse verbinden.

**Und du siehst da kein kulturelles Gedächtnis in der Bevölkerung, das in die heutige Bewegung hineinwirken könnte, so daß möglicherweise neue soziale Formen entstehen, in denen sich die Gemeinschaftstradition mit dem Widerstand von heute verbindet? Ich nenne nur Stichworte, die bei uns heute im Gespräch sind – Allmende, Commons, gemeinwirtschaftliche Perspektiven ...**

Ich weiß nicht – mir erscheint das sehr künstlich. Das erinnert mich an den Slogan von John Holloway<sup>157</sup> »Changing the world without taking power«. Einige Moden der westlichen Linken verlieren in letzter Zeit ihre politische Kraft. Ich denke, diese vorbürgerlichen Formen der Gemeinschaftsbildung sind für Europa oder auch für Rußland Vergangenheit. Sie können vielleicht noch in Südamerika eine Rolle spielen, in Bolivien, in Ecuador oder so. Aber nicht hier.

**Nun gut, lassen wir das so stehen. Was ist dann deine konkrete Perspektive?**

Das Element des Bewußtseins bilden, um so zu politischer Kraft zu kommen, nicht Partei gründen; es heißt immer wieder »Partei gründen«, »Partei gründen«, »Partei gründen«. Daran haben wir uns ja auch beteiligt. Aber so von oben geht es nicht. Das endet jedesmal wieder mit einem Auseinanderfallen. Eine Partei muß aus dem konkreten Kampf, aus den konkreten Prozessen wachsen, die sich in den Klassenauseinandersetzungen bilden. Wenn wir in diesen Auseinandersetzungen aktiv sind, dann können wir vielleicht eine politische Kraft herausbilden.

**Siehst du Möglichkeiten der Kooperation mit der sogenannten neuen Opposition?**

157 Holloway, John, irisch-mexikanischer Politikwissenschaftler. Seine Theorien stehen in starker Verbindung mit dem Weg der Zapatistas in Mexiko, die die gewaltsame Eroberung der staatlichen Macht als Weg in eine gerechtere Gesellschaft ablehnen, auch wenn sie sich zur Selbstverteidigung bewaffnet haben.

Nein, sie haben kein Interesse an sozialen Fragen, da gibt es für eine Kooperation keine Basis.

**Gut, beenden wir unser Gespräch. Vieles muß offen bleiben. Möchtest du unseren Lesern und Leserinnen zum Schluß noch etwas sagen?**

Ich weiß nicht (*nach einer Pause*) – mögen sie selber denken.  
(*beide lachen*)